

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Verleger: Emil Lüdem Nr. 27/46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Noch stärkere Unterernährung der Minderbemittelten oder strikte Rationierung und Massenspeisung!

Das Kriegsernährungsamt hat im Laufe seiner Wirksamkeit schon manden von ihm zunächst verschmähten Weg betreten müssen. Es sah sich eben oft in seinen Voraussetzungen getäuscht. Ueberhaupt kann man sagen, daß es mit seiner Preispolitik — Anreizung zu gesteigerter Erzeugung durch Gewährung höherer Preise — vollständig Schiffbruch erlitten hat.

Wir sind in einen Streifenlauf der Preistreiberei hineingeraten, der keine Mäßigung der Geizharnen bringen kann, weil die Erzeugung durch die zur Verfügung stehenden Ackerflächen, Weiden und Gärten sowie der Gespanne und menschlichen Arbeitsträfte in bestimmte Grenzen gebannt wird, die dem noch so hoher Preisstand beachtlich erweitern kann. Andererseits wird in die Erzeugung eine Unregelmäßigkeit hineingebracht, indem die jeweils in der Preisgestaltung am eifrigsten gestellten Erzeugnisse beim Anbau bevorzugt werden. So wird ein größerer Mangel bei anderen Erzeugnissen hervorgerufen, der dann wieder durch Gewährung höherer Preise bekämpft werden soll. Bei dieser Politik kommt man nicht aus dem Nebelstand heraus, daß die am wenigsten vorteilhaft scheinende Erzeugung besonders vernachlässigt wird und so stets die Notwendigkeit bestehen bleibt, die Preise zu erhöhen, weil man sich zu keinem Produktionszwang, nicht einmal zu einer Herabsetzung der ganz zweifellos zu hoch hinaufgetriebenen Preise verstehen will.

Die Politik der Anreizpreise ist darum völlig verfehlt, weil die Veranschlagung, von der sie ausgeht, falsch ist. Man rechnet mit dem bekannten Gesetz von Angebot und Nachfrage. Je höher die Preise steigen, um so größer das Verlangen der Erzeuger und des Handels, durch starkes Herandrängen von Waren von den guten Preisen zu gewinnen. Das vermehrte Angebot drückt dann schließlich aber wieder auf die Preise, bringt sie schließlich auf eine normale Höhe zurück.

Ein solcher Ausgleich vollzieht sich in gewissen Grenzen bei ungeschinderter Weltwirtschaft. Da der Krieg diese unterbindet hat, die Einfuhr von Lebensmitteln fast ganz eingestellt worden ist und die inländische Erzeugung die Bedürfnisse des heimischen Marktes nicht befriedigen kann, bleibt die Nachfrage immer größer als das Angebot. Daran ändert keine Preisregelung etwas, wenn man die Verteuerung nicht so scharf werden lassen will, daß ein großer Teil der Bevölkerung verhungern muß, weil er die Nahrungsmittel nicht mehr kaufen kann. Käuft man es dazu können, daß der Hunger ganze Millionen Menschen hinwegrafft, dann allerdings wird der Nahrungsmittelmarkt für die Uebriggebliebenen größer.

Diese Entwicklung will man natürlich nicht, aber wird zu ihr leider auf dem erfolgreichsten Wege. Darum, weil ein großer Teil der vorhandenen Nahrungsmittel der Selbstpreisfestigung und Rationierung entzogen ist und

übrigens durch allerhand Schieberungen und Betrügereien große Mengen der rationierten Lebensmittel als marktfreie Ware vertrieben wird. Alle die hier in Betracht kommenden Nahrungsmittel sind so teuer, daß der Minderbemittelte sie nicht erwerben kann, sie daher den Zahlungsfähigen reserviert bleiben. Daher kommt es, daß die bestehenden Schichten und die nicht ganz kleine Schicht von Leuten, die sich an den empörend hohen Kriegsgewinnen mästen, nach wie vor reichlich zu leben haben, wofür die werksfähige Bevölkerung um so mehr darben muß.

Nun hat der Präsident des Kriegsernährungsamtes kürzlich erklärt, daß der Mangel an Nahrungsmitteln zu noch größerer Sparamkeit zwingt; jedoch solle an dem bestehenden System grundsätzlich nichts geändert werden, grundsätzlich lehne man auch die Einführung der allgemeinen Speisung durch Zentralküchen ab. Zu der Praxis soll es also bei der Bevorzugung der zahlungsfähigen Kreise bleiben, indem nicht alle Lebensmittel in die Rationierung eingezogen werden. Dennoch würde sich die größere Sparamkeit auf eine Verteilung der Anteile aller dem Marktzwang unterliegenden Nährstoffe beschränken. Das Sparen vollzöge sich dann in der Hauptsache auf Kosten der Minderbemittelten. Für die Spekulation wäre ein noch verstärkter Anreiz gegeben, die marktfreien und die betrügerisch marktfrei gemachten Waren in großen Mengen durch Verarbeitung zu Konserven noch mehr zu verteuern und sie dadurch noch sicherer den zahlungsfähigeren Schichten zu reservieren. Damit steuern wir unweigerlich weiter auf dem Wege der Unterernährung der minderbemittelten Bevölkerungsschicht. Daß eine Verschärfung der Unterernährung schwere Gesundheitsstörungen und eine Steigerung der Todesfälle im Gefolge haben würde, liegt auf der Hand. Diejen Gefahren muß mindestens insoweit vorgebeugt werden, als das durch eine bessere Verteilung der zur Verfügung stehenden Lebensmittel möglich ist.

Eine gerechtere Verteilung läßt sich durch zweierlei Maßnahmen erreichen: durch das Einbeziehen aller wichtigen Nahrungsmittel in die Rationierung, viel gründlicher jedoch noch durch die Einführung der allgemeinen Speisung.

Ueber die moralische Veredelung der nach dieser Richtung gehenden Forderung ist kein Wort zu verlieren. Wenn man die bestmögliche Verwertung der vorhandenen Nahrungsmengen, die vorteilhafteste Ernährung der Gesamtbevölkerung und das größte Maß von wirtschaftlicher Durchhaltbarkeit erzielen will, dann drängen die Verhältnisse unabweisbar auf den Weg der allgemeinen Speisung. Die Möglichkeit ihrer technischen Durchführung kann angesichts der bisher mit Massenspeisungen erzielten Erfolge, die wegen des Fehlens der Rationierung aller Lebensmittel besonders hoch zu werten sind und vor allem im Hinblick auf die nach

den gleichen Grundlügen durchgeführte Beköstigung der Millionenheere, die dazu noch vielfach in Bewegung und weit zerstreut sind, nicht gezwiebelt werden.

Mit der allgemeinen Speisung würden jedoch auch andere große Vorteile erzielt, als lediglich die der gerechteren Verteilung und erheblicher Steigerung der Durchhaltekraft. Das jetzige System, die Bevorzugung der Besitzenden, muß Mitterkeit erregen. Die allgemeine Speisung würde die Quelle der Unzufriedenheit verstopfen. Das wäre sicher schon ein Gewinn, der allein die geforderte Maßnahme rechtfertigte, selbst dann, wenn sie nicht dazu auch noch den vorausgestellten praktischen Wert hätte. Und dieser Wert wird noch erhöht durch die folgenden Wirkungen bei der Einrichtung allgemeiner Speisungen. Das Kochen in Millionen von kleinen Haushalten erfordert eine ganz ungleich größere Summe von Arbeitskraft und Brennmaterial als die Bewirtschaftung in Zentralküchen, die auch die Rohstoffe viel wirtschaftlicher ausnutzen können, sehr viel weniger Abfall in die Spülkücher und Müllkästen werfen, als das bei der Unzahl kleiner Küchen unvermeidlich ist. Der Abgang ist dann besonders groß, wenn das Kochen so nebenher, nach Feierabend besorgt werden muß, wozu der größere Teil der Frauen gezwungen ist, die den Tag über durch Erwerbsarbeit dem Hause ferngehalten

bleiben. Noch wichtiger ist die Frage der Nahrungsmittelbeschaffung. Nur wer viel Zeit für das Anstellen operieren kann, bekommt seine Anteile richtig und schließlich noch beachtenswerte Mengen markenfreier Waren. Sehr oft ist sogar stundenlanges Warten auf der Straße vergeblich. Was bei diesem Anstehen an Zeit, Arbeitskraft und Gesundheit verschwendet wird, das läßt sich nicht berechnen. Es handelt sich dabei um Riesensummen. Sie könnten eripart und große Werte an Zeit und Arbeitskraft waldenlicher Lätigkeit geschenkt werden, eben durch die Einrichtung der allgemeinen Speisung. Gleichzeitig wäre dem Uring der Pansterei, der Warenchieberei und der Plage des Buchers auf diese Weise am besten zu bequamen.

Welche grundsätzlichen Erwägungen kann das Kriegs-ernährungsamt anführen, die trotz der unverkennbar gewaltigen, im Hinblick auf die Durchhaltefähigkeit sogar entscheidenden Vorteile der allgemeinen Speisung, diese verbieten? Solange keine durchschlagenden Gründe gegen die Einrichtung angegeben werden, muß man annehmen, daß vorwiegend die Bedenken gegen den Widerstand der Interessenten vor der allgemeinen Speisung zurücktreten lassen. Solche Bedenken dürften jedoch nicht maßgebend bleiben. Es handelt sich um das Wohl der Gesamtheit.

Kommunalpolitik im Kriege.

Nach einem Vortrag von Oberbürgermeister Dominicus, Schöneberg.

III.

(Schluß)

Im **Kriegs-**Etat auf der anderen Seite sehen wir ein äußerlich eritaunliches Bild, nämlich das Bild einer merkwürdigen Abnahme der Ausgaben für Unterhaltungen. Aber das ist natürlich ein trügerisches Bild, weil die Mehrzahl der Bevölkerung, die sonst in die Krankenpflege herangetreten wäre, jetzt eben in der Form der Kriegsunterstützung an die öffentliche Wohltätigkeit herantritt und auf diese Weise ihre Unterhaltung erhält, eine Art und Weise, die für die Stadt an und für sich sehr verführerisch erscheint, die aber für eine vernünftige Wirtschaft eine große Gefahr in sich birgt, insofern sie nämlich die Ausgaben nicht dem laufenden Jahre zur Last legt, sondern alles auf die Kriegsschuld abbürdet.

In Krankenhäusern sehen wir die Absteigung der Personalentlohnung einerseits, und andererseits die außerordentliche Steigerung der Ausgaben, die uns genügt hat, hier in Groß-Berlin den bitteren Schritt einer Steigerung der Gehaltssteigerung von 3 auf 4 Mark täglich zu tun.

In der Wohlfahrtspflege haben wir eine zweite eritaunliche Erscheinung dem Kriege zu verdanken, nämlich die Reichswochenhilfe, und das merkwürdige ist, daß durch sie nicht eine Entlastung, sondern eine weitere Belastung der städtischen Ausgaben für die Säuglingspflege eingetreten ist. Es ist nämlich dadurch ein so großer Prozentsatz unserer Bevölkerung neu für die Säuglingspflege interessiert und für die Bedeutung und Ernsthaftigkeit dieser öffentlichen Fürsorge gewonnen worden, daß die Beteiligten auch nach dem Aufhören der gesetzlichen Reichsunterstützung in der Fürsorge der Stadt geblieben sind, was dann natürlich mit sehr erheblichen weiteren Ausgaben verknüpft ist. Schmerzlich ist die Einstellung der Wohnungspflege, die gerade vor dem Kriege hier in Groß-Berlin einen kümmerlichen Anfang genommen hatte und die jetzt unter der Last des Krieges ohne weiteres zusammenbrach.

Bedeutungsvoll ist die Einschränkung auch unserer Volkswirtschaften. Die unter dem Mangel an Seife und gebleichten Heigen zu leiden haben.

Unmöglich und interessant sind die Aufgaben des Arbeitsamtes. Das Arbeitsamt ist ja in gewisser Beziehung der getreue Spiegel des Wirtschaftens; hier spiegeln sich die ständigen Veränderungen in unserem Wirtschaftsleben am allerdeutlichsten und merkwürdigsten ab, und so sehen hier im Arbeitsamt die Wandlungen auf dem Arbeitsmarkte für die männlichen und weiblichen Arbeiter jeder Kategorie abspiegeln wieder; für die jugendlichen Lehrlinge, die heute noch in den paar Maschinenfabriken zu finden sind, und die nach der Saison fortzulassen drohen, wenn sie nicht alsbald ähnlich den ungeliebten Arbeiter bezahlet werden.

Eine eritaunliche Seite unserer Verwaltung ist die Zunahme der Einnahmen. Auf überall in den großen deutschen Städten sieht

man, wie der Krieg einsam gewordene Menschen dazu veranlaßt, an das Gemeinwohl in stärkerer Maße zu denken, als sie dazu viel leicht im Frieden geneigt gewesen wären.

Auf dem Gebiete unseres Marktwesens sieht ja ein jeder, sieht jede Hausfrau beim Vorübergehen die Verödung der Markstände, die für die Kommunalverwaltungen zugleich einen empfindlichen Ausfall einer wichtigen Einnahmequelle bedeutet. In unserem Seefischverkauf haben wir z. B. gesehen, wie da auch die Lage des Wirtschaftsmarktes im Kriege eritaunlich wechselte, wie der Bedarf nach solchen Nahrungsmitteln empfindlich zu ungeahnter Ausdehnung, bis jetzt auf einmal infolge der Abnahme der Zufuhr all dieser Bedarf kaum noch im engeren Kreise deckt werden kann.

Das äußere Bild unserer Stadt hat eine Einschränkung erfahren und wird sie in den nächsten Tagen noch mehr erfahren durch die erhebliche Beschränkung der öffentlichen Beleuchtung. In unserem Verkehrsleben sehen wir die Folgen der Einschränkung der Pferde und aller möglichen anderen Verkehrsmöglichkeiten, und nur mit einer gewissen Ironie kann man in diesem Zusammenhang daran denken, welche eine Fülle von Arbeit und Zeit und Kraft und Aufwänden die Groß-Berliner Gemeinden in dieser Zeit haben aufwenden können für einen Verkehrsstreik um die Straßenbahn.

In unseren Friedhöfen endlich sehen wir, wie auch da der Krieg sich einprägt und wie man versucht, auf jedem noch so beiderseitigen städtischen Friedhofe irgendeinen Ehrenfriedhof für die Soldaten zu schaffen.

Am bemerkbarsten sind natürlich die Folgen des Krieges in der städtischen Finanzwirtschaft. Die schwebende Schuld der Städte hat eine eritaunliche Höhe erreicht. Wenn man das in Friedenszeiten gedacht hätte, daß man eine solche Schuldenlast zu einer alten übernimmt, ohne im engeren Kreise an eine Lösung heranzugehen und ohne sie in feste, konsolidierte Hände zu geben, so würde einem jeden Stadtvater davor geglaubt haben. Die Verteuerung unserer Verwaltung sehen wir an der Notwendigkeit der Teuerungszulagen für die Beamten, sehen wir an der starken Steigerung der Steuern, die hier in Groß-Berlin in den 3 Jahren von 100 auf 170 v. H. in die Höhe geschwollen sind. Eine Ausnahme unter diesen Steuern -- die einzige, die dem städtischen Finanzmann ein erfreuliches Bild bietet, das ist die Hundsteuer und dann das sogenanntes Kino. Ein einziger Betrieb neben dem landwirtschaftlichen hat in der städtischen Verwaltung sonderbarerweise Heberdienste abzuwickeln und das sind die Sparkassen. Das ist eines der merkwürdigsten Probleme. Zunächst haben sich hier die Sparkassen auch überall in den Dienst des Kriegszweckes gestellt, indem sie die Kriegsanleihen in einer sehr erheblichen Weise gefördert haben. Sparkassen sind wo sie noch existieren, überall gegründet worden, und in jeder Weise hat man die Kriegsanleihe Zeichnungen dadurch begünstigt, daß man auf die Einzahlung der Mündungsfrist teilens der Sparkassen verzichtet hat. Obwohl auf diese Weise ganz eritaunliche Summen von den Sparern aufgebracht worden sind, ist die Summe der Einlage in den Sparkassen nicht heruntergefallen. Wir haben z. B. jetzt in der Schöneberger Sparkasse einen Bestand von 74 Millionen erreicht.

das ist mehr als der höchste Stand je im Frieden gewesen ist, obwohl 20 Millionen von den früheren Entlagen abgeholt und eingezahlt worden sind auf Kriegsanleihen. Dabei hat die Sparkasse natürlich auch etwas verdient; durch die Vermittlungsgebühren bei den Zeichnungen der Kriegsanleihe hat sie ein beachtliches Geschäft gemacht; ich erzähle das, um auch einmal die Lichtseiten in der Verwaltung während des Krieges hervorzubeben.

Das sind die Aufgaben der Stommunalverwaltung während des Krieges. Aber das ist noch nicht das Ende, denn eine weitere Aufgabe ist jetzt schon vorauszubauen in die Zeit nach dem Kriege. Denn auch da laudet sich eine ganze Menge von Aufgaben an, die in Vorbereitung genommen werden müssen. Wir müssen uns klar darüber sein, daß auch in der ersten Zeit nach dem Kriege die bisherigen Bemühungen in der Lebensmittelversorgung und -verteilung sowie in der Massenpeijung der Bevölkerung fortgesetzt werden müssen. Wir müssen uns klar sein, daß die Arbeit auf dem Gebiete der Fürsorge für die Kriegserwinnen und -waisen fortgesetzt werden muß. Aber auch ganz neue und wichtige Aufgaben stehen uns nach dem Kriege bevor. Ich denke da ganz besonders an die Fürsorge für die Wohnungen und vor allem für die Kleinwohnungen. Die jetzige Zählung der bestehenden Wohnungen, die der Krieg dem Väter der Groß-Berliner Gemeinden zum ersten Male abgerungen hat, hat einen Prozentfuß von nur 26 v. H. leere Kleinwohnungen ergeben. Das ist erheblich geringer als die Norm. Wir müssen uns klar machen, daß, wenn jetzt schon dieser Prozentfuß so gering ist, wenn der Krieg noch weiter dauert, und wenn infolgedessen die Neubauten noch weiter hinausgeschoben werden, wenn dann die Millionen von Menschen zurückkehren, die vielfach verheiratet sind und nun erst an die Gründung des eigenen Haushandes herangehen, wenn dann der weitere ungesichertere Lebens- und große Streudruck anhebt und die Bevölkerung noch weiter aus den teuren Wohnungen herabdrückt in die Klemmen, daß dann eine große Zahl von leeren kleinen Wohnungen unermesslich ist. Deshalb ist es eine Pflicht der Stommunalverwaltung, dafür zu sorgen, alles für Neubauten vorzubereiten, was zwar jetzt nicht in die Tat umgesetzt werden kann, was aber dann ohne irgendwelchen Zeitverlust alsbald zur Ausführung gebracht werden muß.

Eine weitere erfindliche Seite unserer Verwaltung ist die, daß wir uns in der späteren Friedenszeit vor eine weitere wichtige Aufgabe gestellt sehen, nämlich die Schulfürsorge für die Vegetanten unter unserem Nachwuchs. Immer weiter verbreitet sich die Heberzeugung, daß der furchtbare Aderlaß, der doch gerade die Weisen und Kräftigsten unseres Volkes betroffen hat, sobald wie möglich wieder ausgeglichen werden muß, und daß insbesondere in der Nachsorge für die Heranbildung der Weisen und Begabtesten unseres Nachwuchses gar nicht genug getan werden kann. Auch in dieser Beziehung sind Kräfte am Werke, die alles mögliche für die Friedenszeiten vorzubereiten bestritten sind.

Und nun mögen wir noch ein paar allgemeine Betrachtungen gestattet sein. Ausgesprochen möchte ich dabei von einem biblischen Worte, das der Graf Wobeslawski in diesen Tagen gesprochen hat: „Je länger der Kampf dauert, desto ernteter um die Entlohnung gekämpft wird, je mehr müssen Leben und Lebensfreude einzelnen zurücktreten hinter der großen, unerblicklichen Verantwortlichkeit des ganzen Volkes.“ In der Tat, der Wert der einzelnen Person sinkt, je länger der Krieg dauert, um so mehr zurück, aber er tritt auch um so mehr hervor. Wie werden solchen Möglichkeiten für den einzelnen, in jedem Rahmen, in dem er stehen mag, zur Verfügung und zur Leistung von Ungewöhnlichkeiten gegeben, wie es während der Kriegsjahre der Fall ist, und die Gemeinwirtschaft der Stadt wird immer inniger verflochten in diesem langen Kriege mit der Einzelwirtschaft ihrer Bürger. Das Mathaus wird, das ist unsere Empfehlung, der Mittelpunkt der Bürgerchaft mehr als es je im Frieden, besonders hier in Groß-Berlin, gewesen ist. Und da sind die Bürger unserer Stadt Schöneberg in der ganz besonders glücklichen Lage, daß wir gerade vor dem Kriege unter neues Mathaus herangestellt haben. Man kann sich kaum vorstellen, wie es möglich gewesen wäre, all diese vielfältigen neuen Verwaltungsaufgaben unterzubringen und einheitlich zu lösen, wenn wir das nicht in dem einheitlichen großen Mathaus hätten tun können. Die Stadt aber kommt auch in dieser Fürsorgearbeit eine merkwürdige interessante Beteiligung ein; sie steht in der Mitte zwischen dem allmächtigen Senate und dem flügelabmen und verschleuderten einzelnen Individuum. Sie steht nicht unmittelbar dem Individuum gegenüber als eine bestehende Organisation, sondern sie vertritt die Fürsorge ausüben in der Beratung jedes einzelnen ihrer Bürger. Und deshalb habe ich auch bei der Fülle von Aufgaben, die die Städte be-
kommen haben, das Geschmeisse für so schädlich und so unnützig, das so

manchesmal in den Zeitungen sich erhebt von Seiten der Stommunal-Verwaltungen; nur zu oft sieht man die Klagen darüber, was für eine Fülle von neuen Aufgaben, die Stommunalverwaltungen bedrängt in dieser Zeit. Ich habe die Empfindung, wir sollten uns eigentlich freuen, daß wir einmal diese Probe machen müssen, und daß wir einmal unsere Bevölkerung so nahe gerückt werden. Und wenn man das Urteil über die deutschen Städte-Verwaltungen zusammenschaffen versucht in dieser Zeit, so habe ich doch die Empfindung, daß wir im großen und ganzen unsere Probe bestehen werden. Vor dem Kriege, wenn wir im Ausland reisten, auf den Städtetagen und zu den Konferenzen der mannigfaltigen Art, da hatten wir schon als Deutsche das Gefühl, daß in der Art der Verwaltung unserer großen Städte wir doch wohl den anderen Kultur-nationen ziemlich voraus seien. Und ich glaube in der Tat: wenn man hineinschaut in die Schwierigkeiten der heutigen Verwaltung, kann man wohl sagen, daß die Unbeständigkeit und Willkür, die Gerechtigkeit und Schnelligkeit in der Erfüllung dieser mannigfaltigen und wechselnden Aufgaben doch wohl kaum in irgendeinem anderen Kulturlande von den Selbstverwaltungsorganen so gelöst worden sind, wie es bei uns glücklicherweise der Fall gewesen ist.

Der Gau Hannover im Jahre 1916.

Das verfloßene Jahr hat für die städtischen Arbeiter wenig Befriedigendes gebracht. Unmöglich dürfen bei einem Rückblick die Fehler verschwiegen werden, die das magerere Ergebnis zeitigten. Ausgesprochen werden muß, daß einen erheblichen Teil Schuld die Arbeiter selbst haben. In den städtischen Betrieben vollziehen sich für die Organisation nicht besonders günstige Umänderungen. Immer mehr Mitglieder müssen den Arbeitsstittel mit dem Waffentrod verkaufen, und meistens sind es die besten und tätigen, die davon betroffen werden. Die unausbleibliche Folge davon ist, daß ein Teil recht lauer Mitglieder dem Verbands den Rücken kehren, weil die ständigen Ermahner fehlen und zum Teil dadurch, weil die Löhne in den städtischen Betrieben nicht annähernd der gewaltigen wertvollen Lebenshaltung angepasst sind. Die Stadtverwaltungen schränken auch ihre Betriebe ein, soweit das nur irgend möglich und zulässig ist. Wo das nicht so stark hervortritt, wie in den gewerblichen Betrieben, da wird eine erhebliche Anzahl von Ges-fangenen beschäftigt. Der Kohlenmangel bringt auch hier wesentliche Betriebsbeschränkungen. Die Einstellung von Frauen macht weitere Fortschritte. So als Katernemärker, Standaufnehmer und dergleichen. Von den Frauen werden selbstverständlich dieselben Leistungen verlangt wie von den Männern. Trotzdem verweigert man für gleiche Leistung gleiche Bezahlung. Das bestehende große Unrecht muß beseitigt werden, da sonst eine Schädigung für die Männer die unausbleibliche Folge ist. Leider wird vielfach von den männlichen Arbeitskräften darin geschickt, daß man die Frauen nicht als Klassen- und Leidensgenossen anerkennt, sondern als lästige Konkurrenz und Lohnbrüder. Das schafft oft ein unergundliches Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften und erschwert die Organisierung der letzteren ungemein. Die Organisierung der Frauen ist aber dringend notwendig und liegt im wohl-Verständenen Interesse der Männer selbst. Evident haben wir auch nach dem Kriege damit zu rechnen, daß viele Frauen auf den Stellen bleiben, die früher Männer verließen haben. Dabei dürfen wir jetzt keine Fehler begehen, die wir später einmal recht bitter zu bereuen haben.

Anderer liegt es in den städtischen Betrieben, wo an Stelle der Eingezogenen alte, invalide, sonst der Armenpflege anheimfallende Arbeiter eingestellt werden. Das trifft meistens bei den Straßenverwaltungen, Bauämtern und Gartenverwaltungen zu. Diese Arbeiter erhalten durchgängig sehr niedrige Löhne. Die Organisierung ist daher außerordentlich schwer. Der große Lohn ist zur Befriedigung der bestehenden Ansprüche ungenügend. Zur Bezahlung von Beiträgen langt es meistens nicht. Die Gewinnung solcher Arbeiter in größerer Zahl hat für die Organisation oft mehr Nachteile wie Vorteile. Wirtschaftliche Kämpfe können nicht geführt werden. Unmöglich kann man mit einer Zahl solcher Mitglieder auf den Plat-zbauern imponieren. In anderen Zeiten verschwunden ja die alten unter der großen Zahl jüngerer Kollegen. Aber jetzt fehlen die jü-geren Kollegen. Zu einer Stärkung unserer Massenverbände tragen diese Mitglieder auch nicht bei. Der ausgemergelte Körper ist gegen Krankheiten nicht mehr widerstandsfähig genug. Cetero und lange Krankheiten sind die Folgen. Weiter kommt in Betracht, daß nach Beendigung des Krieges diese Aushilfskräfte den zurückkehrenden leistungsfähigen Arbeitern wieder Platz machen müssen. Diese alten Arbeiter finden denn aber nur sehr schwer andere Arbeits-gelegenheiten. Dadurch entstehen dann der Verbandsklasse außerordent-lich hohe Ausgaben.

Es ist gewiß bedauerlich, daß die Zahl der Organisierten immer mehr sinkt. Diese Lücken durch Neuaufnahmen wieder auszufüllen ist dringende Pflicht. Aber nicht an allen Orten ist das möglich. Namentlich da nicht, wo an Stelle der Eingezogenen Gefangene oder alte Arbeiter treten. Trotzdem hätte durchgängig mehr geübt werden müssen. Wo die Zurückgebliebenen die neuangestellten Arbeiter auf den Verband aufmerksam machten, konnten zum Teil die gerissenen Lücken wieder ausgefüllt werden.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt. Am Anfang des Jahres waren 591 buchmäßige und 587 zahlende, am Jahres-schluss 502 buchmäßige und 505 zahlende Mitglieder zu verzeichnen. Der Verlust an buchmäßigen beträgt 89, an zahlenden Mitgliedern 82. Zum Dece wurden im letzten Jahre 75 eingezeichnet. Den größten Rückgang im letzten Jahre hat die Filiale Kassel. Die Ursachen liegen darin, daß dort von früher her eine höhere Mitgliederzahl angegeben wurde, als wie tatsächlich vorhanden war. Neuaufnahmen waren 79 zu verzeichnen. Darin sind nicht enthalten die aus dem Decresdienst entlassenen kriegsbeschädigten Kollegen. Die Zahl der Neuaufnahmen sind also höher als die im letzten Jahre Eingezeichneten. Wenn trotzdem die Zahl der Mitglieder niedriger ist, dann ist das meistens auf das Konto der Filiale Kassel und auf den Verlust durch Sterbefälle zu setzen. Fest steht, daß die Zahl der Austritte nicht mehr so hoch ist wie in den ersten Kriegsmonaten. Die zeitweilige Aufhebung der Unterstützungseinrichtungen hatte die Flucht bewirkt. Am schlimmsten war es damals in Braunschweig. Eine große Anzahl der sonst viel Unterstützung beanspruchenden Kollegen kehrten dem Verbande den Rücken. Wie die Dinge jetzt dort liegen, ist es auch auf absehbarer Zeit nicht möglich, Fortschritte zu machen. In einzelnen Orten sind durch Neuaufnahmen die gerissenen Lücken wieder ausgefüllt. Hätte man überall sofort mit dem nötigen Nachdruck gearbeitet, dann wäre sicher ein besseres Resultat zu verzeichnen. Es soll hier nur auf Wünden und Münden hingewiesen werden. In Wünden hatten wir bei Kriegsausbruch 12 Mitglieder. Heute sind dort 21. Allerdings ist die Zahl der Eingezeichneten sehr gering. In Münden waren bei Kriegsausbruch 19 Mitglieder. Heute zählt die Filiale noch 4. Die Zahl der Eingezeichneten beträgt 24. Das sind weit über 100 Proz. des früheren Mitgliederbestandes. Neuaufnahmen können dort nicht mehr gemacht werden, da neben den wenig verbliebenen Kollegen nur noch Gefangene beschäftigt werden. Diese beiden Orte sind nur angeführt, um zu beweisen, daß bei einigermaßen eifriger Verarbeitung aller Mitglieder Fortschritte auch in der jetzigen Zeit möglich sind. Gewiß soll zugegeben werden, daß das, was an einem Orte möglich ist, nun unbedingt auch überall möglich sein muß. Die Verhältnisse sind nicht überall die gleichen. Aber zugegeben werden muß, daß die Kollegen durchschnittlich versagt und sich um den Ausbau der Organisation nicht genügend bekümmert haben. Schüchterne Verjüngung zeitigen kein Resultat. Diese Unterstützungszinnde wird zum Schaden der Kollegen später noch fühlbarer zu bemerken sein, wie es bisher schon der Fall war. Jeder Kollege muß daher bestrebt sein, daß das neue Jahr in der Werbung neuer Mitglieder ein besseres Ergebnis zeitigt.

Schlechte Organisationsverhältnisse und schlechte Lohnverhältnisse sind eng miteinander verknüpft. Das Kapitel Lohnbewegungen reicht daher nicht ab. Die gewaltige Teuerung zwingt die Arbeiter überall zur Forderung von Lohn- oder Teuerungszulagen. Der Erfolg ist im allgemeinen nicht sehr befriedigend. Selbst in den Orten, wo die bisher bewilligten Zulagen einmal über das gewöhnliche Maß hinausgehen. Die an und für sich viel zu niedrigen Lohnsätze tragen daran die Hauptschuld. Den besten Erfolg hatten die Kollegen in Braunschweig, Hannover und Münden. In Piefefeld und Kassel haben die Stadtverwaltungen sich davon leiten lassen, welche Zulagen der Stadthaus die wenigsten Ausgaben verursachen. Dort wurden zu nächst nur Kinderzulagen gewährt. Die überaus große Mehrzahl der jetzt noch beschäftigten Arbeiter haben aber schulpflichtige Kinder sehr wenig. Viele davon haben aber einen oder mehrere Söhne im Felde, die fortgesetzt auf Zuwendungen vom Elternhause warten. Gegen die Sozialisierung der Löhne ist gewiß nichts einzuwenden. Es ist gerecht, wenn der größere Bedarf der Familie berücksichtigt wird. Hauptbedingung ist aber, daß der Grundlohn für alle Arbeiter in der jetzigen Zeit ein auskömmlicher ist. Darüber hinaus in der Entlohnung den größeren Bedarf der Familien zu berücksichtigen, ist ständige Pflicht der Stadtverwaltungen. Nicht die Finanzlage der Stadtkasse, sondern die wirtschaftliche Lage der städtischen Arbeiter muß bei Gewährung von Lohn- oder Teuerungszulagen aussehlaggebend sein. In Piefefeld hat man an Zulasse des Jahres weitere geringe Teuerungszulagen gewährt, die aber für viele Arbeiter durch die längere Ar-

beitszeit im Winter keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bringt. In Kassel haben die Laternenwärter noch keinerlei Lohn- oder Teuerungszulage erhalten. Der Magistrat lehnt alle Gesuche mit dem Bemerkten ab, wer von den Laternenwärtern in Not ist, soll ein Bittgesuch beim Magistrat einreichen, dann wird nach Prüfung der Verhältnisse eine einmalige geringe Notstandsunterstützung gewährt. Für diese Art Bettelgesuche bedanken sich die Laternenwärter allerdings. Lieber hungern sie weiter. Am Jahresende erhielten alle Arbeiter, auch die Laternenwärter, eine einmalige Zulage. Ledige haben 40 Mk., Verheiratete 60 Mk., für ein Kind 20 Mk. und für jedes weitere Kind 10 Mk. erhalten. In Anbetracht der niedrigen Löhne ist das ein Tropfen auf einen heißen Stein. Diese Zulage müßte mindestens vierteljährlich fortlaufend gezahlt werden. In den übrigen Städten sind die Zulagen so gering ausgefallen, daß es sich nicht verlohnt, näher darauf einzugehen. Bei der großen Interessiertheit des größten Teiles der Arbeiter war ein anderes Ergebnis nicht zu erwarten.

Das Gesamtergebnis zeigt, daß nirgends die gewährten Zulagen der stetig steigenden Teuerung angepaßt sind. Daran tragen die ungenügenden Grundlöhne die Hauptschuld. Die Teuerung und die daraus entstehende Not wirkt aber weiter unter den Arbeitern. Soll in diesem Jahre eine Verringerung erzielt werden, dann ist der enge Zusammenfluß aller Arbeiter dringend vorzuziehen. Auf die teuren Verhältnisse ist es mit dem Schimpfen nicht getan. Auch das Schimpfen auf das mangelnde soziale Verständnis bringt keine Verringerung. Für jeden einzelnen erwacht in der jetzigen Zeit mehr denn je die dringende Pflicht, mit allen Kräften für den Ausbau der Organisation zu wirken. Große Aufgaben haben die Gewerkschaften schon jetzt, aber größere noch nach Beendigung des Krieges zu erfüllen. Die Anerkennung unserer Organisation ist mit allem Nachdruck zu fordern.

Darmit sieht es im Gau Hannover noch sehr trübe aus. Auch jetzt noch wird unsere Organisation von den Herren auf den Rathhäusern behandelt, als ob sie nicht existiert. Zu unseren Eingaben über die Wiederbeschäftigung kriegsbeschädigter Arbeiter haben die Stadtverwaltungen, außer Piefefeld und Kassel, noch keine Stellung genommen. Die Herren halten es nicht einmal der Mühe wert, darauf zu antworten. Aber auch in Piefefeld sowohl wie in Kassel ist man auf das, worauf es uns in unseren Grund-sätzen hauptsächlich ankommt, nicht eingegangen. Dringende Pflicht ist es aber, unseren zurückkehrenden kriegsbeschädigten Kollegen mit aller Kraft beizuhelfen. Das Ziel soll und muß erreicht werden, da sonst diese Kollegen als Lohnbrücker uns gegenüber gebraucht werden. Dem Uebel vorbeugen, ist leichter und besser, als bestehendes Uebel zu bekämpfen. Darum heißt die Parole an alle Zurückgebliebenen: an die Front in der Organisation! Das Leben der Arbeiter bleibt auch nach dem Kriege ein fortgesetzter Kampf um die wirtschaftliche Existenz. **Reißner.**

Monatsbericht vom Krieg

Berlin, den 2. Februar 1916.

Die ersten Friedensbestrebungen, von denen wir Anfang Januar berichten konnten, sind im gegenwärtigen Augenblick auf den Nullpunkt gesunken, und es verkehrt sich kaum, die mannigfachen Friedensnoten Wilsons sowie der Zentralmächte erneut zu registrieren, wo jetzt der perscharfte U-Bootkrieg und der unbedingte Siegeswille aller Kriegsführenden das Wort hat.

Auf den Kriegsschauplätzen ist die Zeit der Vorbereitung zu den großen Jubiläumschlachten gekommen. Zwar gelang am 1. Januar in Rumänien noch die Eroberung Brailas und später Kofjanis (5500 Gefangene). Die Serethstellung wird aber von Russen und Rumänen vorerst gehalten. Der scharfe Winter hemmt außerdem die Kriegsoperationen in erheblichem Maße. In der Tobrudschka unternahm die Bulgaren am 22. Januar einen Donauübergang bei Tulcea, der aber am folgenden Tage wieder aufgegeben wurde.

An der nördlichen Front lebte der Kampf vom 19. Januar bis Ende des Monats wieder auf. Es wurde an der Agrabrover-Gebirge zuadecouvert und über 2000 Gefangene eingekarrt.

An der Westfront gelang am „Toten Mann“ im Tellerfeld, den die Franzosen in vier vergeblichen Sturmangriffen nicht wieder auszufüllen konnten.

Die Westfrontschauplätze im Saufaine, an der maritimen Front, am Isonzo wie auch an der Italiensgrenze Front weisen keine bedeutenden Kampfhandlungen auf.

Unterdessen tobt der Kampf auf dem Meer und in der Luft im gleichen Tempo weiter und fordert täglich seine Opfer. Der Dezembererford der U-Boote beträgt 115 000 Tonnen. Man rechnet, daß den Engländern 15 bis 20 Proz. Schiffsraum seit Kriegsausbruch verfenkt wurde. Mindestens 10 Proz. sind aber inzwischen neu erbaut und in Benutzung genommen. So war das erstaunliche Wachstum des deutschen U-Streitkräfte wohl in der Lage Raumnot zu schaffen, zu einer entscheidenden Wändlung im Kriegsergebnis konnte es kaum führen. Darum hat sich die deutsche Regierung ab 1. Februar zum unbeschränkten U-Bootkrieg mit Seesperre um England, Frankreich und Italien entschlossen. Es wird sich nun bald zeigen, welche politischen wie militärtechnischen Wirkungen daraus entstehen.

Unterdessen hat die Mannigfaltigkeit der Kriegspolitischen Vorgänge nicht nachgelassen. Die deutsche Antwortnote an die neutralen Regierungen stellt erneut fest, daß die Gegner den Frieden unbedingt ablehnen und klar umrissene Eroberungsziele an Wilson bekanntgegeben haben. Sie wollen noch immer „Preußens Militarismus“ vernichten, Elsaß-Lothringen soll an Frankreich abgetreten, Estland und die Türkei völlig zerstört werden, allen Entente-Mitgliedern werden noch immer große Beute und Eroberungen versprochen, wohl, damit sie nicht „abfallen“. Nur England selber schwächt ständig von den eigenen Kriegsziele. Es hat sich ja für „Erhaltung der kleinen Staaten“ in den Krieg gestürzt. Wer's nicht glaubt, braucht nur an — Griechenland zu denken.

Kabinettswechsel hat es im Januar wiederholt gegeben. In Österreich wurde Czernin Minister des Äußeren, Hurian lehrte zu den Finanzen zurück. In Rußland ist Soguzjan permanente Ministerpräsident. Am 8. Januar wurde Trepow durch den Fürsten Golizyn abgelöst. Der mysteriöse und beim Jaren sehr einflussreiche Mönch Rasputin soll ermordet sein. Auch sonst scheinen die inneren Wirren in Rußland sehr groß zu sein, ohne daß man daraus gleich auf Katastrophen oder Veränderungen in der Stellung zum Kriege schließen darf.

In Deutschland fanden bis in die letzten Tage zahlreiche Friedensversammlungen statt, die von Zehntausenden besucht waren. Scheidemann und David fanden dort mit ihren Darlegungen weitreichenden Widerhall.

Leider ist im feindlichen Auslande — insonderheit in England — die Friedensbewegung auch unter den Arbeitern nur sehr schwach, wie insbesondere der englische Gewerkschafts-Kongress (siehe Internationale Rundschau) bewiesen hat.

Unterdessen acht der Krieg seinem letzten, fürchterlichsten Stadium entgegen.

◆ Aus den Gemeinden ◆

L. K. Die Gemeindefinanzen nach dem Kriege. Der bekannte Monatspolitiker Herr Dr. Hugo Lindemann behandelt in „Pörliner Tagblatt“ die Finanzlage der Gemeinden, wie sie der Weltkrieg geschaffen hat. Lindemann entwickelt ein Finanzprogramm für die Gemeinden, das insbesondere von den Arbeitervertretern beachtet werden muß. Die zahlreichen Aufgaben, die der Krieg besonders den größeren Gemeinden gebracht hat, mußte deren Finanzlage außerordentlich verschlechtern, da sie meist nur Lasten verursachten, aber keine neuen Einnahmen brachten. Kriegswohl-tätigkeits-, Rüstungshilfe, Erwerbslosenfürsorge, Lebensmittelversorgung und andere Kriegsnotwendigkeiten erfordern ungeheure Aufwände, während die Wiedereinnahmen aus den gewerblichen Eigentümern recht erheblich sind. Hinzu kommt der geringe Betrag der Steuern, höhere Ausgaben für Personal usw. So mußten viele Gemeinden Anleihen aufnehmen. In L. Offenbach (April 1916) 3 Millionen Mark. Bremen rechnet bis zur nächsten Zeit 11 Millionen Mark Gesamtanforderungen. Berlin nähert sich den zweiten hundert Millionen! Diese Zahlen geben ein Bild von der unheimlichen Belastung, aber auch von der Größe der Aufgabe, die kommunalen Finanzen nach dem Kriege neu zu ordnen. Viele größere Ausgaben sind besonders eingeschränkt worden. Abschreibungen und Erneuerungsaufgaben der kommunal-wirtschaftlichen Betriebe sind fast ganz unterlassen während der Kriegszeit, so daß viele schon im Anfang gefährliche Finanzpolitiken recht bedenklich sind. Die Gemeinden müssen daher nach dem Krieg sowohl mit der Bewältigung von Anleihen auf dem Kapitalmarkt treten, als auch mit neuen laufenden Einnahmequellen verfahren. Größere Ersparnisse ist kaum möglich, da somit gerade die wichtigsten Kulturaufgaben (z. B. Volkshäule, Hochschulen) leiden müssen. So besteht in erster Linie Fernabnahme und Reorganisation der Verwaltungseinheiten, Verschärfung der haushälterischen Anstandsregeln, Vereinfachung des Geschäftsganges und Zerschlagung leistungsfähiger Großgemeinden. Ferner müssen die Gemeinden an der

Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung stärker beteiligt werden. Der Schwerpunkt aber muß im Ausbau bestehender und Einrichtung neuer Wirtschaftsbetriebe liegen, insbesondere Handelsmonopole in Bauland, was gleichzeitig eine gesündere Wohnungspolitik ermöglicht. Es bedarf der Anstrengung aller vorwärts gerichteten Kräfte, um dem Widerstand zu begegnen, der diesem großzügigen Kommunalprogramm entgegensteht.

Ein eigener städtischer Arbeitsnachweis in Berlin. Der Magistrat Berlin hat beschlossen, einen eigenen städtischen Arbeitsnachweis zu errichten und zu diesem Zweck den Arbeitsnachweis des Zentralvereins für Arbeitsnachweis mit allen angeschlossenen Facharbeiter-Nachweisen zu übernehmen. Er hat ferner beschlossen, hierfür einen besonderen Direktor mit einem Anfangsgehalt von 8500 Mk. anzustellen. Der Zentralverein konnte sich nicht mehr halten. Die Zuschüsse stiegen von Jahr zu Jahr. Für das laufende Jahr hat der Magistrat allein über 217 000 Mk. bewilligt. Die angestellten 93 Beamten beziehen ein Gehalt von rund 145 000 Mk., dazu kommen hohe sachliche Ausgaben, die sich ebenfalls von Jahr zu Jahr steigern.

◆ Aus den Stadtparlamenten ◆

Kriege-Teuerungszulage.

Braunruh. Auf Eingabe der städtischen Arbeiter um Erhöhung der Teuerungszulagen hat der Magistrat beschlossen, folgende monatliche Zulagen ab 1. Januar 1917 zu gewähren: ledige Arbeiter 9 Mk., verheiratete Arbeiter 12 Mk., für jedes Kind unter 16 Jahren 3 Mk. Die gleiche Zulage sollen auch die Beamten und Lehrer erhalten. Im Gemeindefiskus wurde im Laufe der Woche darauf hingewiesen, daß die Eingabe der Gemeindefiskus bereits am 13. September 1916 eingereicht sei. Inzwischen sei eine ganze Reihe Lebensmittel im Preise gestiegen. Gleichwohl wird eine von sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag, die von den Gemeindefiskus verlangten Sätze voll zu bewilligen und diese Sätze rückwirkend ab 1. Dezember 1916 in Kraft treten zu lassen, von der Mehrheit abgelehnt.

Bremervorhaben. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde die Gewährung von Teuerungszulagen an städtische Arbeiter, Angestellte und Beamte beschlossen. Die Zulagen wurden in derselben Höhe gewährt, die der bremische Staat seinen Arbeitern, Angestellten und Beamten zuteil werden läßt, doch werden allen Beamten, die über 5000 Mk. Gehalt beziehen, keine Teuerungszulagen gewährt, ebenso solchen nicht, die eine Nebenbeschäftigung haben.

Gifhorn. Der Gemeinderat bewilligte im Hinblick auf die gegenwärtige Teuerung eine Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter um 20 Proz. und gewährte den städtischen Beamten bis zu einer Gehaltshöhe von 4000 Mk. eine jährliche Kriegsteuerungszulage von 250 Mk. In Bezug auf die bisher gewählten wöchentlichen Teuerungszulagen und Kinderzulagen bei den Arbeitern und die Kinderzulagen bei den Beamten.

Höfen. In der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Januar 1917 wurde der Bewilligung von Teuerungszulagen an städtische Beamte in Ruhestande und an Witwen städtischer Beamter und Rentempfänger entsprechend den von einem Ausschuss vorgeschlagenen Sätzen zugestimmt.

Offenbach a. M. In der Stadtverordnetenversammlung am 1. Februar 1917 wurde über die Teuerungszulage folgender Beschluß gefaßt: Den nicht im Deeres- oder Wartendienst stehenden vollbeschäftigten städtischen Beamten, Lehrkräften der städtischen Schulen, städtischen Bureauhilfsarbeitern und Arbeitern werden auf Widerruf mit Wirkung vom 1. Dezember 1916 monatliche Teuerungszulagen nach folgenden Sätzen gezahlt: Ledigen 8 Mk., Verheirateten ohne Kinder 10 Mk., Verheirateten mit einem Kind 15 Mk., mit zwei Kindern 22 Mk., mit drei Kindern 27 Mk., mit vier Kindern 32 Mk., mit fünf Kindern 37 Mk., mit sechs Kindern 42 Mk., mit sieben Kindern 47 Mk. und mit acht Kindern 52 Mk. Es werden nur Kinder berücksichtigt, die das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Dem Überbürgermeister bleibt es vorbehalten, in Fällen besonderer Notlage die Teuerungszulage auch für Kinder zu bewilligen, die das 15. aber noch nicht das 16. Lebensjahr vollendet haben. Angestellte, die freie Kost und Wohnung haben, sollen keine Zulage erhalten. Wenn beide Ehegatten bei der Stadt beschäftigt sind, wird die Teuerungszulage nur einmal ausbezahlt, in der Höhe der Verheirateten. Auf einen Antrag des Überbürgermeisters über die Gewährung von 6. Säuglingen an städtische Arbeiter bei Familienfällen erklärten sich nach Zustimmung durch den Stadtverordneten-Kollegium die Stadtverordneten damit einverstanden, daß allen städtischen Arbeitern, die 25 bzw. 30 Jahre ununterbrochen im Dienste der Stadt sind, ein Geldbeitrag von 100 bzw. 200 Mk. als Jubiläumsgabe ausbezahlt und eine Ehrenurkunde ausgehändigt wird.

● Internationale Rundschau ●

England. (Englische Arbeiter gegen die Internationale und gegen den Frieden.) Der Kongreß der Arbeiterpartei in Manchester entschied mit 1.408.000 gegen 636.000 Stimmen dagegen, daß gleichzeitig mit der Friedenskonferenz ein internationaler Sozialistenkongreß abgehalten werden soll. Der Kongreß nahm mit 1.033.000 Stimmen gegen 451.000 Stimmen den Vorschlag, eine Arbeiterkonferenz der Alliierten abzuhalten, an. Außerdem verwarf der Kongreß mit 1.697.000 gegen 302.000 Stimmen eine Resolution, in der sofortige Friedensvorschläge verlangt werden. Die Mehrheit, mit der der Kongreß sich zugunsten jener Mitglieder entschied, die dem Kabinett angehören, betrug 1.840.000 gegen 307.000 Stimmen. Diese Zunahme der Regierungsrichtung ist bemerkenswert und wird die Regierung stärken. Die Regierung Lloyd Georges ist offenbar bei den Arbeitern populärer als die Regierung Asquiths es war, da sie sich mehr in Uebereinstimmung mit der Empfindungsweise des Volkes befindet. Der einzige bemerkenswerte Führer, der gegen den Reichstag sprach, war Snowden. „Westminster Gazette“ schreibt in einem Aufsatz unter der Überschrift „Der Arbeiter und der Krieg“: Die überwältigende Zustimmung, die auf der Konferenz dem Schritt der Arbeitervertreter zum Anschluß an die Regierung erteilt wurde, bedeutet nicht, daß die Arbeiter sich dieser oder einer anderen Regierung zu verschließen wünschen, sondern daß sie mit ganzem Herzen für die Fortführung des Krieges bis zum gerechten Schluß eintreten.

● Salinenarbeiter ●

Mosenheim. Die beiden Organisationen, der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und der christliche Verarbeiterverband, reichten gemeinsam im September vorigen Jahres eine Teuerungszulagenpetition an die Generaldirektion für die Salinenarbeiter ein. Dem Ansuchen leistete die Direktion auch Folge, jedoch nur für einen Aenderungs- ab 1. Oktober 1916 rückwirkend pro geleitetem Arbeitstag eine tägliche „Prämie“ von 40 Pf. Leider sollte der Erfolg nicht von großer Wirksamkeit bleiben. Infolge des jauchenden Brennmaterials, für die Substanzen einersichts, ist die Salzherzeugung eine geringere. Und so ist der Gehaltsgehalt der Substanzen, Decker und Gultsteigerinnen im hiesigen Salzen begriffen. Bei den Beschäftigten, welche ebenfalls Straft und Gehaltsgehalt (Mitteldase genannt, erhalten, tritt dasselbe in Erscheinung infolge des schlechten Verpackungsmaterials. Am Substanz machte im Monat Dezember 1916 für Substanz und Decker pro Substanz der Gehaltsgehalt bei einigen Plänen eine Mindererhebung von 32 bis 37 Pf. pro Tag aus. Welche „antidote“ die gewährte Prämienzulage so gewaltig zu reduzieren verneht, wird schließlich eine Aufgabe der Arbeitervertreter des zusammentretenden Landtages sein. Im übrigen muß schon gesagt werden, daß eine Zulage, die naturgemäß einmal gegeben wird, nichts bedeuten kann, wenn die „Affordage“ nahezu um die Zulage täglich wieder reduziert werden. Die Arbeiterkraft der bayerischen Salinen empfindet es sehr hart, daß solches Unrecht in dieser schweren Zeit von Seiten der Amtstellen gemacht wird. Wie aus der Presse ersichtlich, klagen auch die unteren Beamten bis zu Gehältern von 5000 Mk. jährlich, zum Teil nicht mit Unrecht, über die bestehende Teuerung und rufen nach Aufbesserung. Jedoch eine Spiegelreflexion ist es, wenn man hier „nicht mehr auskommen kann“, und Arbeitern mit 1300 bis höchstens 1800 Mk. nimmt man auf so künstliche Weise die gewährte Zulage nahezu vollständig. Es wird ersichtlich aus Gründen menschlicher Gerechtigkeit, daß das Finanzministerium hier ein schreitet und baldigen Abhilfe zugunsten der Salinenarbeiter herbeiführt. Aufgabe und Pflicht der Salinenarbeiter ist es aber andererseits, sich geschlossen und vollzählig ihrer Organisation, dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, anzuschließen.

● Aus unserer Bewegung ●

Augsburg. Am Sonntag, den 21. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Meißel gab den Jahresbericht. Die gewerkschaftliche Arbeit hat trotz allem nicht nachgelassen. Sie ist mit jedem Monat ausgedehnter in die Erscheinung getreten und auch heute besteht zum Glück keine Aussicht, daß die Arbeiten sich abzulösen beginnen. Hinzu kommt noch, daß neben der vernehten Arbeit weniger Kräfte tätig sind. Zunächst fehlen die besoldeten Kräfte zur Verwaltung der Arbeiten wie auch durch die neu eintretenden Verwaltungsmittelglieder immer wieder neue Kräfte gewonnen werden müssen. Durch den öfteren Wechsel der Kollegen in der Verwaltung ist es beschwerlich, die Arbeiten zu bewältigen. Im Jahre 1916 mußten insgesamt 16 Leitende sehr unzureichende Einnahmen erzielt werden, die 21 Anträge an die Behörde, und mit einem teilweise und zum Teil vollen Erfolg

endeten. Es sei hier nur kurz auf die Anträge auf Erhöhung und Ausdehnung der Teuerungszulage an die hiesigen Arbeiter verwiesen, die als Ergebnis eine allgemeine Teuerungszulage an alle hiesigen Arbeiter mit sich brachten. Weiter ist eine einmalige Teuerungszulage verlangt worden, die aber nur den einen Erfolg hatte, als die bereits gewährte Zulage um weitere 3 Mk. und 6 Pf. für den Arbeiter monatlich und um 1 Mk. also von 3 auf 4 Mk. für jedes Kind erhöht wurde. Mit Recht wurde von den sozialdemokratischen Vertretern bemerkt, daß angesichts der unerschwinglichen Preise aller Lebensmittel diese Verringerung ungenügend ist und das etwas tiefer in den Beutel getroffen werden hätte müssen. Die Unzufriedenheit braudt in den Streifen der Arbeiter wahrlich nicht geschürt werden, sie ist schon seit langer Zeit vorhanden und schlägt immer noch tiefere Wurzeln, die nur durch eine durchgreifende Verringerung der Arbeiter gehoben werden kann. Eine weitere wichtige Angelegenheit betrifft die Kriegsbeschädigten der Kriegsverurteilten hiesigen Arbeiter. Hier haben Staat und die Städte die verdamnte Pflicht, mit besonderen Bestimmungen den Privatarbeitgebern muntertätig voranzugehen. Auch unser Verband hatte sich eingehend mit der Frage beschäftigt und Grundzüge, nach welchen die Kriegsbeschädigten hiesigen Arbeiter wieder Verwendung finden sollen, erlassen. Die größeren Städte Bayerns haben ähnliche Bestimmungen geschaffen, und es muß gesagt werden, daß auch Augsburg — wenn auch manches noch zu verbessern gewesen wäre — mit an erster Stelle steht. Außerdem wurde für die aus dem Kriegsdienst entlassenen Arbeiter ein Urlaub genehmigt, der bis zu einer 1½-jährigen Kriegsdienstzeit bis zu einem zulebenden Jahresurlaub und von 1½- bis 2-jähriger Dienstzeit auf einen 2-jährigen Jahresurlaub erhöht werden kann. Bei den Gruppenarbeitern der hiesigen Gasarbeiter wurde erzielt, daß der bisherige Stundenlohn in Taglohn umgewandelt wurde, was für diese Arbeiter bei der verkürzten Winterarbeitszeit eine wesentliche Verringerung bedeutet. Nicht zuletzt mußte auch wegen verschiedenen Arbeiterklagen an die einzelnen Arbeitsvorstände herangezogen werden, die teils befriedigend, teils ungenügend erledigt wurden. Nicht minder wenig Klagen kamen aus der Stadtmairie; der dortige Stadtparkverwalter kann immer noch nicht recht begreifen, daß die Arbeiter für gleiche Arbeit gleich behandelt und bezahlt werden sollen. Am 10. Oktober 1916 wurden diesen Herren zwar die Rechte beschnitten, insofern, als die Lohnlöhne und die Behandlung von Arbeiterangelegenheiten (Beschwerden, Weisungen, Vorkommnisse, Anträge auf Aufnahme in die Verordnungsliste usw.) durch die Hand des Vorstandes der Tiefbauleitung gehen. Dennoch kommt es vor, daß ein Arbeiter eine achtjährige Dienstzeit bei der Stadtmairie durchzumachen hat, bis er die erste Lohnverordnung von täglich 20 Pf. erreichen kann, während ein anderer dieselbe Verordnung schon nach einer — wie es richtig ist — dreijährigen Dienstzeit erhält. Dies wäre für den Vorstand der Tiefbauleitung eine laibbare Arbeit zu verrichten. Auch im hiesigen Gemeindefeld mußte des öfteren nachschaffen werden, damit den Arbeitern ihres Rechtes wurde. Seitens der dortigen Arbeiter wurden mehrere berechtigte Klagen laut über die verschiedenartige Behandlung durch den dortigen Betriebsleiter. So endet also das Jahr 1916 nach reichlicher gewerkschaftlicher Tätigkeit. — An Unternehmungen wurden bezahlt: Sterbunterstützung 42,50 Mk., Krankenunterstützung 112,25 Mk., Arbeitslosenunterstützung 37,50 Mk. und für Kriegsgaben und sonstige kleinere Zuschüsse wurde der Betrag von 271 Mk. ausbezahlt, so daß sich der Gesamtbetrag für Unternehmungen auf 229,25 Mk. beläuft. Berücksichtigt man die jetzige Mitgliedszahl von 238 Mitgliedern, so ergibt dies eine recht ansehnliche Summe für die kleine kleine Augsburg. Die Mitgliederbewegung zeigt sich gegenüber dem Vorjahre stabil. Im Laufe des Jahres wurden 29 Mitglieder neu zum Deeresdienst berufen, so daß zurzeit insgesamt 150 Mitglieder Kriegsdienste leisten. Meinet man die vorhandenen Mitglieder mit den Emigranten zusammen, so ergibt sich, daß die Mitgliederzahl die bei Ausbruch des Krieges vorhandene Mitgliederzahl von rund 400 erreicht. Auch das Lokalvermögen erhöhte sich im Laufe des Jahres um 112 Mk., was der von dem Mainzer Kollegen Klausle erhaltene Mahnbericht ergab. Die Remwahl brachte keine wesentlichen Änderungen.

Dresden. Die Jahresversammlung der Mittels fand am 27. Januar im Volkskaufe statt. Heber „Das neue Hilfsdienstgesetz“ referierte der Genosse Kurtz in g. Der Sinn des Vertrages war: über das Gesetz beschloß bei den Arbeitern nach Unternehmungen und falsche Vorkommnisse. Es mußte aber berücksichtigt werden, daß ohne dieses Gesetz den Arbeitern in der Kriegszeit noch größere Zahlvergrößerung auf Grund der Kriegszulage entziehen könnten. So müssen wir uns damit abfinden, daß dieses Gesetz durch unsere Vertreter im Reichstage insoweit verbessert wurde, daß auch die Arbeitervertreter in die Ausdehnung entziehen konnten. Auch sind Bestimmungen getroffen, daß der Arbeiter zu seinem Rechte kommen kann, welches das natürlich in dem Rahmen des Gesetzes, das uns aus der Kriegszeit neben anderen Vätern entzogen ist. Die Versammlung war mit den Ausführungen des Vortragenden einverstanden. — Den Geschäfts- und Rechenschaftsbericht für 1916 gab der Mainzer Kollege an. Der Bericht ist gedruckt vor und war den Mitgliedern bei der letzten Versammlung zugestellt worden. Der Tod hat

auch in unserer Zentrale reiche Ernte gehalten, nicht weniger denn 38 Mitglieder haben wir im Laufe des Jahres verloren, 21 sind in der Heimat und 11 auf dem Schlachtfelde gestorben. Nach Verlesen der Namen der Verstorbenen ehrten sie die Anwesenden durch Erheben von den Sigen. Heber die Tätigkeit der Zentraleitung ist zu berichten, daß auch hier wie überall die Maßnahmen durch den Krieg beeinflusst worden sind. Fortwährend wurden uns notwendige Strafen entzogen. Im Jahre 1915 wurde schon der Kollege **Deiber** eingezogen, am 11. September 1916 der Gauleiter **Freißler**. Nun ist auch der zweite Vorgesetzte **Michter** am 15. Januar einberufen. Von den Beitragskassierern sind nun schon 26 von 40 zum Seeresdienst eingezogen. Alle diese Umstände mühten überwinden werden und haben der Zentrale viele Ausgaben und Arbeit verursacht. Die weitere Tätigkeit der Verwaltung mußte sich zum größten Teil auf die Abwehr der durch den Krieg entstehenden Not erstrecken. Die Arbeitervertreter sind das ganze Jahr hindurch nicht zur Ruhe gekommen. Noch war die eine Regelung der Feuerungszulage nicht erledigt, so machte sich schon wieder notwendig neue Forderungen zu stellen. Die Agitation hat unter den gegebenen Umständen nicht das Resultat gezeitigt, wie es wünschenswert wäre. Es sind im ganzen 65 Annahmen zu verzeichnen, darunter 6 weibliche. Ein großer Teil Frauen sind in häuslichen Betrieben beschäftigt; selber und sie schwer zur Organisation zu bringen, obwohl sie die Not der Arbeiterschaft mitempfinden. Schwierigkeiten bringt auch der Beschluß der Verbandsvorstände mit sich. Die Hebertritte sind unzulässig und so stehen den Trübebergern so viel Ausreden zur Seite, daß niemand in der Lage ist, zu kontrollieren, was los ist. Besonders gehen wir nun bald dem Ende des Krieges entgegen. Dann wird auch wieder freie Bahn für die Agitation. Vorläufig ist die Mitgliederzahl der Zentrale mit Einziehungen des Februar auf 600 herabgefallen. Die Massenabrechnung muß als befriedigend bezeichnet werden. Es haben 1112 Mitglieder im Jahresdurchschnitt je 31 Beiträge bezahlt. Die Jahreseinnahme beträgt 362321 Mk., die Ausgabe 3778425 Mk. Es ist uns somit ein Ueberschuß von rund 852 Mk. verblieben. Wir haben mit dem Bestand vom 31. Dezember 1915 einen Massenbestand von 2106400 Mk. Leider war es nicht möglich, auch im verflohenen Jahre den Familienangehörigen der eingezogenen Kollegen eine kleine Unterstützung zu gewähren. Die Hauptausgaben bestehen in Unterhaltungen kranker Mitglieder und Sterbegeld. Zusammen wurden für Unterhaltungen 16912 Mk. ausgegeben, davon auf Rechnung der Hauptkasse 11286 Mk. 9279 Mk. wurden bar an die Hauptkasse abgefordert. Kollege **B. Richter** betätigte im Namen der Revisoren die Rechenschaft der Abrechnung. Die Versammlung stimmt dem zu. Die Wahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Vorgesetzter wurde an Stelle des eingezogenen Kollegen **Richter** der Kollege **Robert Kauthe** einstimmig gewählt. Der Kollege **Otto Zeiser** wurde noch als Ergänzung der Revisoren gewählt, da die Weisheit besteht, daß noch einer von ihnen verufen wird. Im Auftrage der Arbeitervertreter gab Kollege **Kauthe** noch einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse. Auch er muß berichten, daß zwar eine anstrengende Arbeit zu leisten war, daß aber das Resultat nicht das gebracht hat, was die Not der Zeit forderte. Immerhin sind die Mühen der Vertreter nicht umsonst gewesen. Die Feuerungszulagen sind erhöht worden, besonders die Sonderzulagen wurden von 120 Mk. auf 4 Mk. für den Monat erhöht. Auch Lohn erhöhungen wurden erreicht, obwohl der Rat durchaus nichts an den gegenwärtigen Lohnlagen ändern wollte. In nächster Zeit sollen die Löhne der Handarbeiter noch um 3 Pf. für die Stunde erhöht werden. Leider konnte eine Verkürzung der Arbeitszeit und die Einführung der Wochenlöhne noch nicht erreicht werden.

Sannover. Am 21. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung statt. Zunächst wurde der Massenbericht gegeben. Der folgende Pfd zeigte: Einnahme 276,64 Mk., Ausgabe 393,95 Mk., an den Verbandsvorstand gekandt 801,17 Mk., bleiben in der Kasse 208,122 Mk. Mitglieder waren 172 zu verzeichnen. Auf Antrag des Kollegen **Rabe** wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Den Tätigkeitsbericht des Vorstandes gab Kollege **Gabe** vor. Die im verflohenen Jahre verstorbenen Mitglieder wurden in würdiger Weise geehrt. Neben ganz damit auf die Agitation an, die im vergangenen Jahre sehr zurückgegangen ist, so daß teilweise der Verbandsmitgliedstand so schlecht war, daß keine Mitglieder Versammlungen abgehalten werden konnten. Die Beiträge sind aufzunehmen, so daß sich in den Massenverhältnissen im wesentlichen nichts geändert hat. Wohnraumbunterstützung an Familien der zum Ende des Krieges auch Mittel in den Städten haben müßte, um den Beschwerden der zurückkehrenden Kollegen gerecht werden zu können. Dann erwähnte **Reiner** die Mitglieder noch, mehr Agitation von Mund zu Mund zu treiben, um den letzten uns fehlenden Kollegen zu organisieren. Kollege **Jürgens** ging auf die Unternehmungen ein. Die während des Krieges sehr ausgefällt sind: an Mitglieder 21075 Mk., an die Familien der Kriegsteilnehmer 6961 Mk., eine Summe von 27475 Mk. Kollege **Reichner** sprach dann über die beantragte Beitragserhöhung, die man zu umgehen wäre, da eine Entlastung des Hauptkassenschatzes sich immer mehr bemerkbar mache und die natürlichen Rechte der Mitglieder doch gewährleistet werden müßten. Zum Punkt 3: Vorstandswahl, wurden die alten amweisen

den Mitglieder wieder und neu hinzugefügt die Kollegen **Schubert** und **Kosch** gewählt. Ein Antrag auf Erhöhung der Entschädigung des Kassierers von 2 auf 4 Proz. wurde einstimmig angenommen.

Kolberg. Die Eingabe der Gauleitung um 25 Prozent Lohn-erhöhung und Bezahlung des vollen Tagelohnes auch bei verkürzter Arbeitszeit hatte den Erfolg, daß den Arbeitern eine Lohnzulage von 7 Pf., den Arbeiterinnen 5 Pf. pro Stunde gewährt wurde. Leider war es nicht möglich, auch unserer zweiten Forderung Geltung zu verschaffen. Halten die Kolberger Kollegen auch weiter zusammen und sorgen für Ausbreitung der Organisation, dann werden sie auch dahin kommen, im Winter nicht mehr hungern zu müssen. — Endlich haben die Kolberger Arbeiter auch einen der ihren ins Stadtparlament, den Genossen **E. Voigt**, bekommen.

Leipzig. Die am 26. Januar abgehaltene Generalversammlung erhebt zunächst das Minderden von sechs auf dem Schlachtfelde gefallenen und zwei hier verstorbenen Mitgliedern und nahm dann den Geschäfts- und Massenbericht für 1916 entgegen. Aus demselben geht hervor, daß die Forderungen um wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft in den häuslichen Betrieben im Vordergrund der Gesamttätigkeit stand und soweit die Forderungen im alten Jahr unerfüllt geblieben sind, es auch im neuen Jahr keinen Stillstand geben darf. Die Neuregelung der Kriegszulagen im November ist nicht zur Zufriedenheit der Gesamtarbeiterschaft ausgefallen, besonders bei dem Teil nicht, der von der erhöhten Kriegs- zulage keinen Nutzen hat. Die Arbeiterschaft steht deshalb vor wie nach auf dem Standpunkt, daß die Forderung um Erhöhung der Grundlöhne anlässlich der immer größer werdenden Teuerung unabwendbar ist und durchgeführt werden muß. Der Kampf der Straßenteufel um die Prognosefahrkarte hat nach dreiwertel Jahren im Sinne der Arbeiterschaft seinen Abschluß gefunden. Viel Arbeit war erforderlich für Aufkündigung von Verträgen für alle Bedürfnisse, insbesondere für die Kriegserkrankten. Vereinnahmt wurden 2234082 Mk., verausgabt 1861581 Mk. Die Abrechnung vom vierten Quartal mit 8735,16 Mk. in Einnahme und Ausgabe wurde richtig gesprochen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Bis zum 31. Dezember waren insgesamt 804 Mitglieder zum Seeresdienst eingezogen, von denen 63 den Tod auf dem Schlachtfelde fanden. Der Mitgliederbestand bezifferte sich am Schlusse des Jahres auf 634, darunter 60 weibliche.

Ludwigshafen. Im Oktober beschloß eine Mitgliederversammlung, eine Eingabe um Erhöhung der Feuerungszulagen einzureichen. Die Eingabe war auch bereits fertig, da wurde bekannt, daß der Haupt- und Finanzausschuß des Stadtrats gelegentlich die Frage einer Lohnhöhung gezeitigt und sich nicht ungunstig dagegen ausgesprochen habe. Dementsprechend wurde der Antrag um Erhöhung der Feuerungszulage umgeändert in einen Antrag um Erhöhung und Vereinfachung des Lohntarifs, der am 4. Dezember eingereicht wurde. Am 26. Januar wurde die Eingabe vom Stadtrat behandelt. Aber der Haupt- und Finanzausschuß scheint nachträglich für seine Geneigtheit zu einer Lohnhöhung bereit zu haben, denn er schlug keine Lohn erhöhungen, sondern eine Verdoppelung der Feuerungszulagen vor, rückwirkend ab 1. November. Es erhalten nun Ledige statt 6 Mk. jetzt 12 Mk. monatlich, Verheiratete statt 9 bis jetzt 18 Mk. monatlich und für jedes Kind statt bisher 3 Mk. jetzt 6 Mk. monatlich. Das bedeutet immerhin eine wesentliche Verbesserung, wenngleich der Antrag auf Lohnhöhung damit selbstverständlich nur aufgeschoben sein kann.

Mühlhausen i. G. In der Gemeindevorstandssitzung vom 25. Januar wurden die Feuerungszulagen erhöht. Bisher erhielten Ledige nichts, Verheiratete ohne Kinder 5 Mk. monatlich, mit einem Kind 9 Mk. und für jedes weitere Kind 2 Mk. mehr. Jetzt erhalten ab 1. Januar: Bei einem Jahreslohn bis 2000 Mk. Ledige 5 Mk., Verheiratete ohne Kinder 10 Mk., für jedes Kind 3 Mk. monatlich; bei einem Jahreslohn von 2001 bis 3000 Mk. Ledige nichts, Verheiratete ohne Kinder 8 Mk., mit Kindern für jedes Kind 2 Mk. Diese Zulagen sind mehr als bescheiden, selbst wenn man in Betracht zieht, daß Mühlhausen im Operationsgebiet liegt. 1916 haben sich christliche Arbeitervertreter, die Gemeindevorstandsmitglieder sind, gegen die Anträge unserer Zentrale auf Feuerungszulagen gewendet und haben auch erreicht, daß sie abgelehnt wurden. Jetzt wären sie augenscheinlich dafür, aber jetzt geht der Bürgermeister-Stellvertreter nicht höher. Ja, die Geister, die ich rief, . . .

Reußthal a. d. S. Am 27. November bat unsere hiesige Zentrale eine Eingabe um eine Feuerungszulage einzureichen. Beirrat waren 15 Mk. monatlich und 4 Mk. für jedes Kind. Das war um so notwendiger, als die ganze Erhöhung der Zulage seit Krieges anbruch nur 30 Pf. betrug, welche im November 1915 gewährt worden waren. Am 23. Januar bat nun der Stadtrat die Eingabe entschieden, und zwar dahinachend, daß für sämtliche Arbeiter eine weitere Erhöhung um 10 Pf. pro Tag und 4 Mk. monatlich für jedes Kind eintritt; der Beschluß tritt sofort, also vom 21. Januar an, in Kraft. In mit dieser Zulage auch lange nicht allen Werten abgeholfen, so bedeutet er doch eine sehr wesentliche Verbesserung; mögen die noch nicht organisierten Kollegen die Lehre daraus ziehen, daß durch die Organisation immer Vorteile zu erreichen sind und sie sich unserem Verbande anschließen. Zweifellos wäre dieser Erfolg schon früher erreicht worden, wenn die Zentrale stärker ge- wesen wäre.

Rundschau

Forderungen der Verbraucher. Man könnte das Volk heute in fünf verschiedene Gruppen einteilen: Soldaten, Selbstversorger, deren Verwandte, Vorratshüter und Kinderbetrücker. Die Soldaten werden von der Heeresleitung versorgt und kommen an erster Stelle; das ist recht so und wird beim Volk auch verstanden. Den Selbstversorgern stehen Milch, Eier, Butter, Fett, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Fleisch, Brot usw. in unbefränktem oder doch weit reichlicherem Maße zur Verfügung als der übrigen Bevölkerung. Es ist ja auch kein Geheimnis, daß die hohen Gewinne manche Landwirte veranlaßt haben, besser zu leben wie in Friedenszeiten. Die Verwandten der Selbstversorger leiden meistens auch keine Not, man hört ihnen vom Heberfluß nach Möglichkeit zu. Mancher wird heute beneidet, weil er einen Verwandten oder auch einen guten Bekannten auf dem Lande wohnen hat. Die Vorratshüter leiden schließlich auch keine Not, wenn sie auch tiefer in denbeutel greifen müssen. Aber was schadet es, bei einem entprechenden Kriegsgewinn 80 M. für eine Gans, 36 M. für einen Liter Öl, 20 M. für ein Pfund Gämsfleisch zu geben, oder was schadet es, wenn man für „ausländische“ Speck und Schinken, „für unter der Hand gekaufte“ Butter, Eier usw. horrenden Preise bezahlen muß. Die neueren Preise für Obst, Gemüse u. dgl. können sich diese Kreise auch leisten. Sie kurren zwar etwas, haben aber doch zum Leben genug. Eine Ausnahme machen nur die minderbemittelten Konsumenten. Selbst produziertes ist nichts Gemächteres, haben auch keine Verbindungen mit dem Lande, keine mit Händlern, keine mit dem Ausland. Sie sind lediglich auf die knappe Nation angewiesen, die ihnen von „Rechts wegen“, aber ohne die Gewißheit, sie auch zu erhalten, zugewiesen wird. Besondere Ausgaben können sich Leute mit geringem Einkommen, Gemeindeglieder, untere Beamte, Familien mit mehreren Kindern absolut nicht leisten. Dabei müssen sie meist angestrengt arbeiten. Weil die Dinge so liegen, ist eine allgemein durchgeführte Rationierung für alle, auch für Selbstversorger, die Deckung von Höchstpreisen für alle Lebensmittel, die Einbeziehung aller freien Produkte (Wolle, Öl, ausländische Ware usw.) in die Verteilung, eine stärkere Verstrafung des Schmuggels und der Fälschungen, Verschlagnahme, Zwangsablieferung und rückstandslos schwarzes Kaufen durchaus gerechtfertigt. Nicht „jedem das Seine“ muß es jetzt heißen, nein „jedem das Gleiche“ sollte Grundtat werden.

Ein Ausdasei. Die alldeutsche „Mitteldeutsche Volkliche Zeitung“, die schon häufig die Verdrängung des Kriegsgewinnes in Lagen Artikeln begründet hat, veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer vom 11. Januar eine mit A. von B. unterzeichnete Zeitschrift: „Ein Augenblick in der Betrachtung“. Darin heißt es zum Schluß: „Wir sind noch nicht verhungert, und noch haben die Kameraden dabei Speckereien in ihren Verhörs und machen Kriegsgewinne, mittels denen sie die deutsche Kultur „verfälschert“ werden. Wir werden nach dem Siege nicht gegen die Verdrängung der Massen durch die Gewinnung an das Licht zu kämpfen haben, sondern gegen die Verdrängung anderer Geschmäcker durch Kriegsgewinn. Wir werden nicht sein wie die Kammer, denn wir haben mit dem Tode angefangen, jetzt aber haben sich festgesetzt. Wir haben Mut verloren, und sie haben dabei Zeit geronnen. Man wird die Kriegsgewinne besteuern. Mit 50 Prozent heißt es; 50 Prozent von dem, was nicht versteuert wird, mit Aufwand versteuert werden kann. Man soll ruhig 100 Prozent nehmen; sie verdienen noch immer 75 Prozent. Aber die Kriegsverluste der Teilnehmer an Kämpfen, die erliegt niemand. Sie sind außer Mut und Ansehen auch Kapital, das unsern Kindern einmal fehlt, und das die Kriegsgewinner einbringen. Die Verdrängung des Wohlwollens, die Verdrängung der Schlichter bis auf Mund und Stund, sind, das ist die Gefahr dieses Krieges für das deutsche Volk.“ — Die politische Verdrängung des Volkes wird diese Sätze, deren Entschiedenheit und Trefflichkeit nicht abzupreifen ist, mit Entzücken gelesen haben.

Die Auszahlungen der „Kriegsrente“ im Jahre 1916 sind nach einer vorläufigen Aufstellung trotz der Verminderung der zur Regulierung kommenden Streitfälle etwas geblieben. Es waren in 1711 Streitfällen die dementsprechenden Regulierungen vorgenommen, und dafür kamen im ganzen 101.998,88 M. zur Auszahlung. Dabei waren in allen Fällen, in denen die Regulierung noch nicht ein volles Jahr bestand, und in Kriegsjahren, in denen die Versicherung am Tage des Beginns der Feindschaften noch nicht sechs Monate bestand, nur die eingezahlten Prämien zurückverfallen. In den Kriegsjahren, in denen die Versicherung beim Kriegsausbruch mindestens sechs Monate bestand, wurde zunächst die Prämienreserve ausbezahlt, während die endgültige Regulierung in diesen Fällen drei Monate nach Friedensschluß aus dem vorhandenen Kriegserverfonds erfolgt.

Der ohne den ihm für das Jahr 1916 zuzurechnenden Betrag von 99.311,15 M. beträgt, die restlos den Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Versicherten zutommen. Die volle Verbleibenssumme kam in allen Fällen zur Auszahlung, in denen die Versicherung ein Jahr bestand oder der Tod des Versicherten innerhalb des ersten Versicherungsjahrs durch Unfall eintrat.

Das Heim und die Auskunftsstelle des Bundes für Mutterchutz in Groß-Berlin befinden sich Wilmersdorf, Hlandstraße 143. Die Auskunftsstelle erteilt Müttern und Schwangeren in allen für sie wichtigen Fragen Rat und Hilfe. Sprechstunden sind täglich von 10 bis 1 Uhr, außerdem Dienstag und Freitag von 7 bis 9 Uhr abends.

Heimfahrt.

Frage nicht sehr, Ihr lieben Leute, Ja, gewiß: In Mist und Sämpfe Wie es wohl beim Zittern sei. Schlingen wir oft Nachtquartier. Ach! In Deutschland sind wir heute, Ja: Die blauen Leibschluppie Und das Grausen ist vorbei. Guter Toten haben wir.

Ja, gewiß: Die Nordmaschinen Haben auf uns angelegt. Plammenwerfer, Flatterminen Haben den und den zerlegt. Ja, gewiß: Die fremden Brüder Haben wir im Streit erwürgt. Über fromm sind unser Kieber, Weil uns Deutschland wieder birgt.

Dort, am roten Himmelorange Liehen wir die große Qual. Geh! Hier spielt ein Kind im Sande. Alles Grausen war einmal.

Hans Bauer | „Gmpf“

Eingegangene Schriften und Bücher

Die neuen Reichskriegssteuererlasse, enthaltend: Kriegsteuererlass (Kriegsgewinnsteuer), Nachtragserlass, Vermögenssteuererlass in der neuen Fassung (Zwangssteuer), Warenumschlagsteuererlass, Der neue Kraftfahrzeugsteuererlass, Der neue Posttarif. (Verlagsgesellschaft v. Schwarz u. Comp., Berlin S. 11, Dresdener Straße 80. Preis 1 M., gebunden 1,35 M. — Jeder Steuerpflichtige sollte im Besitze dieser neuen Gesetze sein, denn nur wer die gesetzlichen Bestimmungen genau kennt, ist imstande, den vielen Vorschriften zu genügen, sich richtig einzuschätzen, in hohe Verantwortung erfolgreich abzuwenden und sich vor Strafen zu schützen.

Totenliste des Verbandes.

Xaver Allmann, Rosenheim
Zalzlager
† 20. 1. 1917, 49 Jahre alt.
Erangott Erbe, Breslau
Marktall
† 31. 1. 1917, 48 Jahre alt.
Georg Graf, Fürth
Gaswerkkontrollleur
† 27. 1. 1917, 82 Jahre alt.

Christian Kahl, Wirmasens
Arbeiter
† 18. 1. 1917, 66 Jahre alt.
Robert Kuske, Hamburg
Anstalt Friedrichsberg
† Januar 1917, 28 Jahre alt.
Gottlob Ziegler, Stuttgart
Straßenwart
† 28. 1. 1917, 61 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

H. Keller, Hamb.-Königsreich
am 1. November 1915 im
Alter von 39 Jahren gefallen.
G. G. Ingel, Hamburg-Könne
am 23. März 1916 im Alter
von 33 Jahren gefallen.
Franz Kalweit, Reinickendorf
am 5. November 1916 im
Alter von 27 Jahren gefallen.
Wilky Köhn, Hamburg
am 23. Januar 1917 im Alter
von 43 Jahren im Lazarett gest.

Karl Markwirth, Görlitz
am 25. Oktober 1916 im Alter
von 31 Jahren gefallen.
Ernst Kob. Schmidt, Leipzig
am 28. Oktober 1914 im Alter
von 37 Jahren gefallen.
Friedrich Schütte, Hamburg
am 27. Dezember 1916 im
Alter von 28 Jahren gefallen.
Rudolf Waworka, Chemnitz
am 16. August 1916 im Alter
von 29 Jahren gefallen.

Ghre ihrem Andenken!

Beilage: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter W. Schmann, Verantwortlicher Redakteur, Emil Fittner, Lade, Berlin W. 57, Unterbreitg. 24. Druck: Emil-Fittner-Druckerei und Verlagsgesellschaft, Paul Singer & Co., Berlin SW. 69, Unterbreitg. 8.